

24.05.2012

LehrerInnendienstrecht:

UBG und VLI fordern nachhaltige Investitionen in die Qualität der Bildung von Kindern und Jugendlichen

Wir erwarten Transparenz und Sachinformation statt Geheimverhandlungen

Bei den Dienstrechtsverhandlungen der ARGE LehrerInnen der GÖD mit BeamtInnen aus BKA, BMUKK und BMF am 21. Mai wurde wiederum Stillschweigen vereinbart.

Hinter den „geheimen“ Dienstrechtsverhandlungen steht die Absicht des Dienstgebers,

- eine kostensenkende Arbeitszeiterhöhung und in Folge
- das massive Einsparen von LehrerInnenplanstellen

durchzusetzen!

Die seit vielen Jahren geforderte Anhebung der Anfangsbezüge will Finanzministerin Fekter zu einer drastischen Anhebung der Unterrichtsverpflichtung nützen – mit Folgewirkung auf den gesamten öffentlichen Dienst.

Der Plan: Kostensenkung durch Arbeitszeiterhöhung

Alle LehrerInnen sollen 24 Stunden in der Klasse stehen, Vor-/Nachbereitungszeit und Korrekturzeiten für Hausübungen, Schularbeiten, Tests sollen aus der Wochenarbeitszeit herausgerechnet und durch Zulagen abgegolten werden. Die LehrerInnen erwarten das Gegenteil: Die in den letzten 20 Jahren massiv ausgeweiteten nicht-unterrichtlichen Tätigkeiten (individuelle Beratung und Betreuung, Schulentwicklung, Projektorientierung, Qualitätskontrolle ...) sollen endlich als Teil der Wochen- oder Jahresarbeitszeit anerkannt werden. Unterrichtsministerin Schmied hat ursprünglich eine Arbeitszeiterhöhung ausgeschlossen, inzwischen ist sie davon abgerückt.

Support

Die von Regierungsseite angekündigte Aufnahme von Unterstützungspersonal und die damit verbundene Entlastung der LehrerInnen steht schon lange an, damit die LehrerInnen endlich ausreichend Zeit für individualisierten Unterricht, individuelle Förderung, neue Unterrichtsformen und fächerübergreifende Projekte haben.

Die bislang bekannt gewordenen Maßnahmen stellen ein klare Verschlechterung der schulischen Lehr- und Lernbedingungen dar.

Wir akzeptieren die Vorgangsweise von Finanz- und Unterrichtsministerium nicht und fordern alle LehrerInnen, Eltern, SchülerInnen, Gewerkschaften und AK auf, gemeinsam gegen die geplante Arbeitszeiterhöhung vorzugehen! Sollte es zu keiner Haltungsänderung auf Regierungsseite kommen, sind Kampfmaßnahmen unausweichlich.

→ **Bildung kostet.** Schulreform, Dienstrechts- und Besoldungsreform brauchen ausreichend Bundesbudgetmittel!

→ **Keine Arbeitszeiterhöhung!** Ausgangspunkt der **Arbeitszeitbewertung** ist eine Unterrichtsverpflichtung von 20 WE in Klassen, Lerngruppen und individuellen Fördermaßnahmen.

Worüber wir reden sollten:

- Einstellung von professionellem **Personal** für psychologische, soziale und administrative Tätigkeiten und Freizeitbetreuung
- Ermöglichung flexibler Einteilung des Unterrichts in selbstverantwortlichen Teams.
- Mehr **Eigenständigkeit** der Schulen - gewähltes Schulleitungsteam auf Zeit.
- Aufwertung des **Klassenvorstandes**

Rückfragehinweis:

Gerhard Rüdissler (UBG) – 0664/2116192

Gerhard Pusnik (VLI) – 0664/3918646